

Erfahrungen und Folgerungen aus dem Projekt „Gesellschaftliche Beteiligung und Vernetzung von jungen Flüchtlingen“ – ein Praxisbericht

Partizipation – Was verstehen wir darunter?

Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge hat sich im Februar 2008 der Aufgabe angenommen, gemeinsam mit Aktion Mensch e.V., vielfältigen Formen der Benachteiligung von jungen Flüchtlingen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Unser Vorhaben wird von der Erkenntnis geleitet, dass nur über Teilhabe eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Zukunft für diese Personengruppe innerhalb unserer Gesellschaft möglich ist.

In einem funktional ausdifferenzierten Gesellschaftsgefüge wie dem unsrigen, das in Subsysteme gesellschaftlichen Handelns, wie Parteipolitik, Verwaltung oder Öffentlichkeit zerfällt, bedarf es zwangsläufig einer spezifischen Befähigung von Personen, bis sie tatsächlich den Anschluss an ein System erhalten, bis sie sozusagen „daran Teil haben“.

Um gelebte Partizipation junger Flüchtlinge an diesen Systemen zu ermöglichen, ist in erster Linie eine Qualifizierung und im besten Falle eine Selbstqualifizierung notwendig. Grundlage hierfür ist die umfassende Vernetzung untereinander.

Zeitlich gesehen befinden wir uns nun in der Mitte unseres Vorhabens, da mit Januar 2011 das Projekt seinem vorläufigen Ende zustrebt. Grund genug, über erste Erfahrungen zu berichten.

Erster Teil – Politische Partizipation mit Inhalt

Verfolgt man die öffentliche Debatte um eine bürgernahe, partizipatorische Demokratie könnte man das Gefühl bekommen, mit dem Begriff »Partizipation« überrollt zu werden. So fordert in einer Begrüßungsrede zur Konferenz "Beschäftigung und Sozialdialog" Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, »die Partizipation aller am gesellschaftlichen Fortschritt«¹. Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wünscht sich in einem FOCUS-Interview, dass die rund 165 000 CSU-Mitglieder künftig bei personellen wie inhaltlichen Entscheidungen stärker mitbestimmen sollen: »Es gibt ein berechtigtes Bedürfnis nach mehr Partizipation – und das muss dringend befriedigt werden«². Und selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel konstatiert im Rahmen des dritten Integrationsgipfels im November 2008: »Integration bedeutet Partizipation«³. Diese und andere Beispiele verdeutlichen, »Partizipation« ist längst zu einem Leerbegriff geworden, der vor allem in der politischen Sphäre sowohl inflationär als auch unterschiedlich verwendet wird.

Unsere Vorstellung einer Politischen Partizipation gründet auf einer Vielzahl bereits bestehender Fundamente, auf die wir inhaltlich aufbauen. Indem wir das tun, versuchen wir ein festes Erdgeschoss zu errichten, so dass weitere Initiativen und Organisa-

¹ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070316-EuroMed.html>

² <http://cdu-politik.de/2009/02/10/mehr-partizipation/>

³ http://www.nahundfern.info/nahundfern_pressestimmen.html

tionen darauf ruhen können. *Jugendliche Ohne Grenzen* ist solch ein Fundament, auf das wir aufmerksam geworden sind.

JoG ist ein Zusammenschluss junger Flüchtlinge und Migrantinnen, die sich für ihre Rechte einsetzen. 2005 nach den Protesten und Aktionen von *Hier Geblieben!* zur *Innenministerkonferenz* in Stuttgart gegründet, finden sich *JoG-Gruppen* inzwischen bundesweit in vielen Städten und Landkreisen. Die Mehrheit der *JoG-Mitglieder* ist geduldet und im Alter von 15 bis 30 Jahren. Das hindert sie aber nicht daran, sich zu solidarieren. *JoG* organisierte bereits sechs eigene Jugendkonferenzen, die parallel zu den Innenministerkonferenzen stattfinden.

JoG steht somit für gelebte politische Partizipation. Die Mitglieder, meist junge Flüchtlinge versuchen darüber Zugang zu einer parteipolitisch regierten Gesellschaft zu finden um ihre eigenen Positionen (Bleiberecht, volle Umsetzung der *UNO-Kinderrechte*, etc.) in diesem System geltend zu machen. Doch *JoG* ist keine rechtlich-eigenständig Organisation und braucht daher Unterstützung. 2008 haben wir im Rahmen unseres Projektes die Finanzierung und Abrechnung der Jugendkonferenz 2008 in Potsdam übernommen. Die rund 50 jugendlichen Teilnehmer der *JoG-Konferenz* erhielten dadurch die Chance, selbstbestimmt eine politische Veranstaltung durchzuführen, welche nicht nur mediale Resonanz hervorgerufen, sondern auch bei den Innenministern Aufmerksamkeit erregt hat.

JoG ist, so die Schlussfolgerung, eine Initiative von geflüchteten Kindern und Jugendlichen die gemeinsam versuchen auf die Entscheidungen innerhalb der politischen Sphäre⁴ in Deutschland Einfluss zu nehmen. Alle Beteiligten handeln sowohl auf freiwilliger wie ehrenamtlicher Basis. Ihre Methoden sind Formen des Protests, des Theaterspiels, öffentlicher Aktionen, journalistischer Darstellungen und politisch-kritischer Stellungnahmen. Dazu finden Workshops zur Qualifizierung der Jugendlichen statt. Gemeinsam mit prominenten Personen versuchen sie die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen, um so die Regierung zum Handeln zu bewegen. Damit ist das Handeln der *JoG-Mitglieder* auf der vorletzten Partizipationsstufe, die der Selbstbestimmung zu verorten.

Unsere Aufgabe sehen wir darin *JoG* dabei zu unterstützen, die letzte Stufe, die der Selbstverwaltung, zu erreichen. Dies würde eine völlige Selbstorganisation ihrer autonom getroffenen Entscheidungen bedeuten. Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir den *Jugendlichen ohne Grenzen* die dafür notwendige Qualifizierung anbieten. Sie sollen in die Lage versetzt werden, zukünftig die finanztechnische Abwicklung und Absicherung der Jugendkonferenz eigenständig vorzunehmen und dazu die erforderlichen Strukturen weiter auszubauen.

Zweiter Teil – Organisationspartizipation und Aufbau von Multiplikatoren

Nach politischer Partizipation im Jahr 2008, liegt unser Schwerpunkt in diesem Jahr auf Organisationspartizipation. Ziel ist es, junge Flüchtlinge auch in die praktische Arbeit des Bundesfachverbandes einzubeziehen.

⁴ Vgl. Koopmann, F. Klaus: (Kinder- und Jugend-) Partizipation. Eine thematische Einführung. In: http://www.afs60.de/webcontent/files/AFS-Partizipationswerkstatt_Einfuehrung_Koopmann.pdf. S. 3f.

Indem die Beteiligten die Möglichkeit erhalten, ihre aufenthaltsrechtliche wie gesellschaftliche Situation handlungskompetent zu reflektieren, wird selbstbestimmtes Handeln möglich. Konkret: Die Beteiligten lernen zwischen den Zwängen einer ordnungspolitisch-bürokratischen Verwaltung und eigenen Handlungsmöglichkeiten innerhalb dieses Systems zu differenzieren. Dies stellt zugleich die Voraussetzung für eine bessere Integration in das Gesamtsystem Gesellschaft dar. Positiver Nebeneffekt: Indem sich die Beteiligten als kompetent handelnde Personen wahrnehmen, werden sie gleichzeitig auch vom eigenen Umfeld und das bedeutet von anderen jungen Flüchtlingen als solche wahrgenommen. Mehr unbewusst als bewusst verorten sie sich damit in Multiplikatorenrollen, die positiv auf die eigene Lebenswelt Einfluss nehmen können.

Die Maßnahme sieht konkret drei einzelne Schritte zur Umsetzung vor:

- Januar bis April: Die Einbindung einer Gruppe junger Flüchtlinge, als Teilnehmer an unserer Fachtagung in Hofgeismar.
- Juni bis Dezember: Die Einbindung von zwei Teilnehmern aus dieser Gruppe als Mitarbeiter des Projektes in der Geschäftsstelle, die zu Multiplikatoren werden.
- Juli bis Oktober: Die Einbindung einer Gruppe junger Flüchtlinge, als Teilnehmer an unserer Herbsttagung in Trier durch die beiden Multiplikatoren.

Der erste Schritt, die Teilnahme einer achtköpfigen Gruppe junger Flüchtlinge, bei unserer alljährlichen Fachtagung in Hofgeismar wurde erfolgreich zu Ende gebracht. Die Idee der Organisationspartizipation bestand jedoch nicht nur in der Teilnahme, sondern setzte sich aus mehreren Elementen zusammen. Zunächst hat eine Planungsgruppe die Art und Weise der Beteiligung in Hofgeismar diskutiert und soweit wie möglich festgelegt. Die Beteiligungsformen wurden anschließend in einem Wochenendseminar von den Teilnehmern ausgearbeitet und eingeübt. Unsere Rolle als Mitarbeiter reduzierte sich auf die Gewährung der notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der Planungsideen und Beteiligungsformen der Gruppe. Auf diesem Weg sind aus jungen Flüchtlingen »Teil-Nehmer« einer betreuungs- und aufenthaltsrechtlichen Fachtagung geworden, die selbstbestimmt über ihr Engagement entschieden hatten. Eine umfassende Dokumentation zur Planung, Vorbereitung und Umsetzung dieses Bausteins kann in unserer Geschäftsstelle angefordert werden.

Auch die Einbindung von zwei Teilnehmern aus dieser Gruppe als angestellte Mitarbeiter des Projektes konnte zum 1. Juni stattfinden. Arzjana Abdulahi und Hassan Ali Djan haben von uns spezifische Aufgabenbeschreibungen erhalten. Nach einer kurzen Einarbeitungsphase werden sie selbstständig ihre Referate auch nach außen hin vertreten. Frau Abdulahi wird die Zusammenarbeit mit JoG koordinieren, während Herr Ali Djan federführend die Einbindung einer Gruppe junger Flüchtlinge bei der Herbsttagung in Trier leiten wird. Daneben werden die beiden neuen Mitarbeiter in das bisher fünfköpfige Team der Geschäftsstelle eingegliedert und nehmen gleichberechtigt sowohl an den regelmäßigen Team- als auch vierteljährlichen Vorstandssitzungen teil. In einem Abschlussbericht, der Anfang nächsten Jahres erscheinen soll, werden die wichtigsten Ereignisse dieses Bausteins einer Evaluation unterzogen.

Der letzte Teil der Maßnahme Organisationspartizipation, die Einbindung einer Gruppe junger Flüchtlinge bei der Herbsttagung in Trier vom 14. bis 16. Oktober 2009 soll ähnlich wie in Hofgeismar ablaufen. Die Weiterentwicklung wird dabei vor allem durch zwei Unterschiede markiert. Zum einen werden nicht wir, die beiden festen Projektmitarbeiter für die Umsetzung dieses Bausteins verantwortlich sein, sondern Herr Ali Djan. Zum

anderen wird es nicht wie zu Hofgeismar eine Gruppe junger Menschen sein, die in ihrer Zusammensetzung vier unterschiedlichen Bundesländern entstammen, sondern lediglich aus Rheinland-Pfalz und Saarland. Der erste Unterschied ist insofern ein Fortschritt, als dass eine Person die eine Fluchtgeschichte besitzt, möglicherweise besser gewährleisten kann, dass die Perspektive von Personen mit ähnlichen Erfahrungen in die Tagung eingebracht werden kann, als Fachkräfte einer sozialen Organisation. Der zweite Fortschritt liegt in der Hoffnung, dass Teilnehmer einer Gruppe die räumlich näher bei einander liegen, sich auch längerfristig vernetzen und solidarisieren werden. Dadurch wird die Grundlage geschaffen, dass junge Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz und Saarland zukünftig gegenüber Fachkräften und Institutionen ihre Anliegen artikulieren und an der Bearbeitung ihrer Lebenslage partizipativ mitwirken können.

Dritter Teil – Sind junge Flüchtlinge Bürger dieser Gesellschaft?

Diese Frage dient nicht nur als Aufhänger bei der Podiumsdiskussion unserer Herbsttagung 2009, sondern verweist zugleich auf das Thema, dem wir uns im Rahmen des Projektes *Gesellschaftliche Beteiligung und Vernetzung von jungen Flüchtlingen* für das Jahr 2010 widmen möchten. Der Anstoß zu dieser Frage entstand vor ungefähr dreißig Jahren.

»Erst in den späten 70er Jahren scheint sich die Kategorie *Ausländer* als übergreifendes klassifikatorisches Merkmal fest etabliert zu haben und fast dann recht unterschiedliche Gruppen wie die seit langem ansässigen *Gastarbeiter* und die neueren *Asylanten* zusammen. Bezeichnenderweise sind mit *Ausländer* im Alltagsdiskurs häufig nicht wirklich alle bzw. nur die gemeint, die im juristischen Sinne keine deutschen Staatsbürger sind [...]. Alternative Bezeichnungen wie *Mitbürger*, *Flüchtling*, *Mensch* sollen schon sprachlich integrieren [...]. Auch eine Bezeichnung wie *ausländischer Mitbürger*, die zunächst dasselbe Bedeutungsmerkmal wie *Ausländer* zu enthalten scheint, dämpft den potentiell ausgrenzenden Charakter durch die Betonung von Gemeinsamkeiten (*Mitbürger*) doppelt ab: Alle sind *Bürger* und *Mitmenschen*.«⁵

Im heutigen Sprachgebrauch wird der Ausdruck *Mitbürger* häufig zur Unterscheidung vollrechtlicher Deutscher und eingeschränkt berechtigter Nicht-Deutscher verwendet. Bundeskanzler Helmut Kohl unterschied in der Neujahrsansprache 1993/94 »Mein herzlicher Gruß am heutigen Abend gilt Ihnen, liebe Landsleute, und unseren ausländischen Mitbürgern...«.«⁶

Folgt man dem Verlauf dieser Debatte wird deutlich, dass bis heute keine Klarheit darüber herrscht, was diesen Unterschied zwischen Ausländern, Migranten, Flüchtlingen ohne deutschen Pass und den Staatsbürgern mit deutschem Pass legitimiert. Der Ausweis und die damit verbundenen Staatsbürgerrechte und -pflichten können lediglich die Folge eines Unterschieds zwischen Menschen sein, der vorausgesetzt wird, jedoch kaum durch Argumente legitimiert wird.

Daher wird es uns im nächsten Jahr, vor allem um die um die Wiederbelebung der geführten Debatte gehen. Es stellt sich die Frage wie die Mehrheitsbevölkerung ausgestattet mit allen Rechten und mit Zugang zu allen Bereichen unserer Gesellschaft mit Migranten und hier insbesondere mit jungen Flüchtlingen umgeht. Wie viel Teilhabe wird ihnen ermöglicht? Wo werden Grenzen gesetzt? Warum werden diese gesetzt?

⁵ Jung, Matthias, u.a.: *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse*. Wiesbaden, 2000. S. 75.

⁶ <http://newsgroups.derkeiler.com/pdf/Archive/De/de.etc.sprache.deutsch/2005-07/msg00287.pdf>



Bei der Suche nach Antworten wollen wir ganz im Sinne von Jürgen Habermas nur die Argumente gelten lassen, die im Rahmen eines herrschaftsfreien Diskurses auf Grundlage intersubjektiv begründbarer und kritisierbarer Geltungsansprüche entstanden sind. Eine auf diese Weise geführte Debatte wird stets zu Erfahrungen des Zusammenhalts anstatt der Ausgrenzung führen, so dass niemand mehr einen Grund hat zu sagen: »Die Bürger - das sind die anderen.«⁷

⁷ Renard, Jules: Ideen, in Tinte getaucht. München, 1993.